

Bundesgesetzblatt ²⁴⁸¹

Teil II

Z 1998

1996

Ausgegeben zu Bonn am 27. September 1996

Nr. 42

Tag	Inhalt	Seite
30. 8. 96	Verordnung zur Änderung 1 der Revision 3 der ECE-Regelung Nr. 17 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit der Sitze und ihrer Verankerungen sowie der Eigenschaften der für diese Sitze vorgeschriebenen Kopfstützen (Verordnung zur Änderung 1 der Revision 3 der ECE-Regelung Nr. 17)	2482
30. 8. 96	Verordnung zur Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 21 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer Innenausstattung (Verordnung zur Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 21)	2484
30. 8. 96	Verordnung zur Berichtigung 1 und zur Änderung 1 der Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 25 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von in Fahrzeugsitze einbezogenen und von nicht einbezogenen Kopfstützen (Verordnung zur Berichtigung 1 und zur Änderung 1 der Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 25)	2485
13. 9. 96	Verordnung über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 86 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen hinsichtlich des Anbaues der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen (Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 86)	2488
30. 7. 96	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen	2489
28. 8. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens von Locarno zur Errichtung einer Internationalen Klassifikation für gewerbliche Muster und Modelle	2494
28. 8. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	2494
28. 8. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken	2496

Die

a) *Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 21 und*

b) *ECE-Regelung Nr. 86*

werden jeweils als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II werden die Anlagebände auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

Verordnung
zur Änderung 1 der Revision 3 der ECE-Regelung Nr. 17
über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge
hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit der Sitze und ihrer Verankerungen
sowie der Eigenschaften der für diese Sitze vorgeschriebenen Kopfstützen
(Verordnung zur Änderung 1 der Revision 3 der ECE-Regelung Nr. 17)

Vom 30. August 1996

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 12 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene Änderung 1 der Revision 3 der ECE-Regelung Nr. 17 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit der Sitze und ihrer Verankerungen sowie der Eigenschaften der für diese Sitze vorgeschriebenen Kopfstützen – Verordnung vom 6. April 1992 (BGBl. 1992 II S. 279) – wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Änderung 1 der Revision 3 der Regelung Nr. 17 wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 26. Januar 1994 in Kraft.

Bonn, den 30. August 1996

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Regelung Nr. 17
Einheitliche Bedingungen
für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit der Sitze
und ihrer Verankerungen sowie der Eigenschaften der für diese Sitze vorgeschriebenen Kopfstützen
Revision 3, Änderung 1

Regulation No. 17
Uniform provisions
concerning the approval of vehicles with regard
to the seats, their anchorages and head restraints
Revision 3, Amendment 1

(Übersetzung)

Paragraph 4.4.1., footnote 3, amend to read:

"³⁾ 1 for Germany, ... 8 for the Czech Republic, ... 15 (vacant), ... 22 for the Russian Federation, 23 for Greece, 24, 25 (vacant), 26 for Slovenia and 27 for Slovakia. Subsequent numbers ..."

Absatz 4.4.1: Die Fußnote 3 muß lauten:

„³⁾ 1 für Deutschland, ... 8 für die Tschechische Republik, ... 15 –, ... 22 für die Russische Föderation, 23 für Griechenland, 24 –, 25 –, 26 für Slowenien und 27 für die Slowakei. Die folgenden Zahlen ...“

Paragraphs 5.3.1. to 5.3.4., replace by the following text:

- “5.3.1. The height of head restraints shall be measured as described in paragraph 6.5. below.
- 5.3.2. For head restraints not adjustable for height, the height shall be not less than 750 mm.
- 5.3.3. For head restraints adjustable for height:
- 5.3.3.1. the height shall be not less than 750 mm; this value shall be obtained in a position between the highest and lowest positions to which adjustment is possible;
- 5.3.3.2. there shall be no “use position” resulting in a height of less than 700 mm;
- 5.3.3.3. in the case of seats other than the front seats the head restraints may be such that they can be displaced to a position resulting in a height of less than 700 mm, provided that such position is clearly recognizable to the occupant as not being included for the use of the head restraint;
- 5.3.3.4. in the case of front seats head restraints may be such that they can be automatically displaced when the seat is not occupied, to a position resulting in a height of less than 700 mm, provided that they automatically return to the position of use when the seat is occupied.
- 5.3.4. The dimensions mentioned in paragraphs 5.3.2. and 5.3.3.1. above may be less than 750 mm to leave adequate clearance between the head restraint and the interior surface of the roof, the windows or any part of the vehicle structure; however, the clearance shall not exceed 25 mm. In the case of seats fitted with displacement and/or adjustment systems, this shall apply to all seat positions. Furthermore, there shall not be any “use position” resulting in a height lower than 700 mm.
- 5.3.5. By derogation to the height requirements mentioned in paragraphs 5.3.2. and 5.3.3.1. above, the height of any head restraint designed to be provided in rear centre seats or seating positions shall be not less than 700 mm.”

Die Absätze 5.3.1 bis 5.3.4 sind durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

- „5.3.1 Die Höhe der Kopfstützen ist nach den Vorschriften in 6.5 zu messen.
- 5.3.2 Bei in der Höhe nicht verstellbaren Kopfstützen darf die Höhe nicht weniger als 750 mm betragen.
- 5.3.3 Bei in der Höhe verstellbaren Kopfstützen
- 5.3.3.1 darf die Höhe nicht weniger als 750 mm betragen; dieser Wert muß in einer Stellung zwischen der höchsten und der niedrigsten möglichen Einstellung erreicht werden.
- 5.3.3.2 darf keine „Benutzungsstellung“ in einer Höhe von weniger als 700 mm möglich sein.
- 5.3.3.3 können diese – außer bei Vordersitzen – so beschaffen sein, daß sie auf eine Höhe von weniger als 700 mm eingestellt werden können, sofern für den Fahrzeuginsassen deutlich zu erkennen ist, daß die Kopfstütze in dieser Stellung nicht zu benutzen ist.
- 5.3.3.4 können diese bei Vordersitzen so beschaffen sein, daß sie, wenn der Sitz nicht besetzt ist, automatisch auf eine Höhe von weniger als 700 mm eingestellt werden können, sofern sie automatisch in die Benutzungsstellung zurückkehren, wenn der Sitz besetzt wird.
- 5.3.4 Die in 5.3.2 und 5.3.3.1 angegebenen Abmessungen können auf weniger als 750 mm verringert werden, damit ein ausreichender Abstand zwischen der Kopfstütze und der Innenseite des Daches, den Fenstern oder irgendeinem Teil der Fahrzeugstruktur vorhanden ist; der Abstand darf jedoch nicht größer als 25 mm sein. Bei Sitzen mit Verstell- und/oder Einstelleinrichtungen gilt dies für alle Stellungen der Sitze. Außerdem darf keine „Benutzungsstellung“ in einer Höhe von weniger als 700 mm möglich sein.
- 5.3.5 Abweichend von den Vorschriften für die Höhe nach 5.3.2 und 5.3.3.1 dürfen Kopfstützen an hinteren Mittelsitzen oder -sitzplätzen nicht in einer Höhe von weniger als 700 mm angebracht sein.“

**Verordnung
zur Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 21
über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung
der Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer Innenausstattung
(Verordnung zur Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 21)**

Vom 30. August 1996

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 12 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 21 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer Innenausstattung wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Revision 2 der Regelung Nr. 21 wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung*) veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung und der Anhang treten mit Wirkung vom 11. September 1992 in Kraft.

(2) Die ECE-Regelung Nr. 21 (BGBl. 1973 II S. 1137) ist mit Wirkung vom selben Tage außer Kraft getreten.

(3) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die in Artikel 1 genannte Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 21 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 30. August 1996

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

*) Die Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 21 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Verordnung
zur Berichtigung 1 und zur Änderung 1
der Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 25
über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von in
Fahrzeugsitze einbezogenen und von nicht einbezogenen Kopfstützen
(Verordnung zur Berichtigung 1 und
zur Änderung 1 der Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 25)**

Vom 30. August 1996

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Hiermit werden in Kraft gesetzt

1. Berichtigung 1 der Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 25 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von in Fahrzeugsitze einbezogenen und von nicht einbezogenen Kopfstützen – Verordnung vom 18. Februar 1992 (BGBl. 1992 II S. 182) –,
 2. Änderung 1 der Revision 1 dieser Regelung,
- die nach Artikel 12 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommen worden sind.

Der Wortlaut der Berichtigung und der Änderung wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang 1 und Anhang 2 zu dieser Verordnung veröffentlicht.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Ausnahme des Artikels 1 Nr. 2 mit Wirkung vom 11. September 1992 in Kraft. Artikel 1 Nr. 2 tritt mit Wirkung vom 30. Januar 1994 in Kraft.

Bonn, den 30. August 1996

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Anhang 1

Regelung Nr. 25
Einheitliche Bedingungen
für die Genehmigung von in Fahrzeugsitze
einbezogenen und von nicht einbezogenen Kopfstützen
Revision 1, Berichtigung 1

Regulation No. 25
Uniform provisions
concerning the approval of head restraints (head rests),
whether or not incorporated in vehicle seats
Revision 1, Corrigendum 1

(Übersetzung)

Title page (English version only), delete the note reading:

"*) Supplement 1 to the 02 series ... in the approval number."

Titelseite (Die Änderung betrifft nur die englische Fassung.)

Footnote *) pertinent to paragraph 1.1., amend to read:

"*) The head restraints of category M₁ vehicles which conform to the provisions of Regulation No. 17 are not required to conform to the provisions of this Regulation."

Die Fußnote 1 zu Absatz 1.1 muß lauten:

„*) Die Kopfstützen von Fahrzeugen der Klasse M₁, die den Vorschriften der Regelung Nr. 17 entsprechen, brauchen den Vorschriften dieser Regelung nicht zu entsprechen.“

Paragraph 1.1.1. (English version only), add the paragraph number:

"1.1.1. It does not apply ... or towards the rear."

Absatz 1.1.1: Die Nummer des Absatzes ist einzufügen:

„1.1.1 Sie gilt nicht ... angebracht werden können.“

Paragraph 1.2., to be deleted.

Absatz 1.2 ist zu streichen.

Paragraph 3.2.3.4., not applicable to English.

Absatz 3.2.3.4 (Die Änderung betrifft nicht die englische Fassung.)

Paragraph 4.1.2., amend the references to paragraph numbers to read:

"3.2.3.3. or 3.2.4. above."

Absatz 4.1.2: Die Verweise auf die Absätze sind wie folgt zu ändern:

„3.2.3.3 oder 3.2.4“

Paragraph 6.4.2., amend the dimension "700 mm" to read "750 mm".

Absatz 6.4.2: Die Angabe „700 mm“ ist in „750 mm“ zu ändern.

Annex 3, paragraph 4.1., not applicable to English.

Anhang 3 Absatz 4.1 (Die Änderung betrifft nicht die englische Fassung.)

Annex 6, first paragraph 1.3.1., amend to read:

"... frequency class of the measurement chain: CFC 600 corresponding to the characteristics of ISO 6487-1987;

Transverse sensitivity $\leq 5\%$ of the lowest point of the scale."

Anhang 6: Der erste Absatz 1.3.1 muß lauten:

„... Frequenzklasse der Meßkette: CFC 600 entsprechend den Kenndaten der ISO-Norm 6487-1987;

Querempfindlichkeit $\leq 5\%$ des niedrigsten Skalenwerts.“

Annex 6, second paragraph 1.3.1. (English text only); to be deleted.

Anhang 6: Der zweite Absatz 1.3.1 ist zu streichen (nur in der englischen Fassung).

Annex 6, insert new paragraph 1.3.3. (English version only) to read:

"1.3.3. Time recording

the instrumentation shall enable the action to be recorded throughout its duration and readings to be made within one one-thousandth of a second;

the beginning of the impact at the moment of first contact between the headform and the item being tested shall be detected on the recordings used for analysing the test."

Anhang 6: Es ist folgender neuer Absatz 1.3.3 (nur in die englische Fassung) einzufügen:

„1.3.3 Time recording

the instrumentation shall enable the action to be recorded throughout its duration and readings to be made within one one-thousandth of a second;

the beginning of the impact at the moment of first contact between the headform and the item being tested shall be detected on the recordings used for analysing the test.“

Regelung Nr. 25
Einheitliche Bedingungen
für die Genehmigung von in Fahrzeugsitze
einbezogenen und von nicht einbezogenen Kopfstützen
Revision 1, Änderung 1*)

Regulation No. 25
Uniform provisions
concerning the approval of head restraints (head rests),
whether or not incorporated in vehicle seats
Revision 1, Amendment 1*)

(Übersetzung)

Paragraph 5.4.1., footnote 2, amend to read:

"²⁾ 1 for Germany, ... 8 for the Czech Republic, ... 15 (vacant), ... 22 for the Russian Federation, 23 for Greece, 24, 25 (vacant), 26 for Slovenia and 27 for Slovakia. Subsequent numbers ..."

Absatz 5.4.1: Die Fußnote 2 muß lauten:

"²⁾ 1 für Deutschland, ... 8 für die Tschechische Republik, ... 15 –, ... 22 für die Russische Föderation, 23 für Griechenland, 24 –, 25 –, 26 für Slowenien und 27 für die Slowakei. Die folgenden Zahlen ..."

Paragraphs 6.4.1. to 6.4.4., replace by the following text:

- "6.4.1. The height of head restraints shall be measured as described in paragraph 7.2. below.
- 6.4.2. For head restraints not adjustable for height, the height shall be not less than 750 mm.
- 6.4.3. For head restraints adjustable for height:
- 6.4.3.1. the height shall be not less than 750 mm; this value shall be obtained in a position between the highest and lowest positions to which adjustment is possible;
- 6.4.3.2. there shall be no "use position" resulting in a height of less than 700 mm;
- 6.4.3.3. in the case of seats other than the front seats the head restraints may be such that they can be displaced to a position resulting in a height of less than 700 mm, provided that such position is clearly recognizable to the occupant as not being included for the use of the head restraint;
- 6.4.3.4. in the case of front seats head restraints may be such that they can be automatically displaced when the seat is not occupied, to a position resulting in a height of less than 700 mm, provided that they automatically return to the position of use when the seat is occupied.
- 6.4.4. The dimensions mentioned in paragraphs 6.4.2. and 6.4.3.1. above may be less than 750 mm to leave adequate clearance between the head restraint and the interior surface of the roof, the windows or any part of the vehicle structure; however, the clearance shall not exceed 25 mm. In the case of seats fitted with displacement and/or adjustment systems, this shall apply to all seat positions. Furthermore, there shall not be any "use position" resulting in a height lower than 700 mm.
- 6.4.5. By derogation to the height requirements mentioned in paragraphs 6.4.2. and 6.4.3.1. above, the height of any head restraint designed to be provided in rear centre seats or seating positions shall be not less than 700 mm."

Die Absätze 6.4.1 bis 6.4.4 sind durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

- „6.4.1 Die Höhe der Kopfstützen ist nach den Vorschriften in 7.2 zu messen.
- 6.4.2 Bei in der Höhe nicht verstellbaren Kopfstützen darf die Höhe nicht weniger als 750 mm betragen.
- 6.4.3 Bei in der Höhe verstellbaren Kopfstützen
- 6.4.3.1 darf die Höhe nicht weniger als 750 mm betragen; dieser Wert muß in einer Stellung zwischen der höchsten und der niedrigsten möglichen Einstellung erreicht werden.
- 6.4.3.2 darf keine „Benutzungsstellung“ in einer Höhe von weniger als 700 mm möglich sein.
- 6.4.3.3 können diese – außer bei Vordersitzen – so beschaffen sein, daß sie auf eine Höhe von weniger als 700 mm eingestellt werden können, sofern sie automatisch in die Benutzungsstellung zurückkehren, wenn der Sitz besetzt wird.
- 6.4.3.4 können diese bei Vordersitzen so beschaffen sein, daß sie, wenn der Sitz nicht besetzt ist, automatisch auf eine Höhe von weniger als 700 mm eingestellt werden können, sofern sie automatisch in die Benutzungsstellung zurückkehren, wenn der Sitz besetzt wird.
- 6.4.4 Die in 6.4.2 und 6.4.3.1 angegebenen Abmessungen können auf weniger als 750 mm verringert werden, damit ein ausreichender Abstand zwischen der Kopfstütze und der Innenseite des Daches, den Fenstern oder irgendeinem Teil der Fahrzeugstruktur vorhanden ist; der Abstand darf jedoch nicht größer als 25 mm sein. Bei Sitzen mit Verstell- und/oder Einstelleinrichtungen gilt dies für alle Stellungen der Sitze. Außerdem darf keine „Benutzungsstellung“ in einer Höhe von weniger als 700 mm möglich sein.
- 6.4.5 Abweichend von den Vorschriften für die Höhe nach 6.4.2 und 6.4.3.1 dürfen Kopfstützen an hinteren Mittelsitzen oder -sitzplätzen nicht in einer Höhe von weniger als 700 mm angebracht sein.“

*) Including Revision 3, Supplement 1 into force on 30 January 1994.

*) Mit Änderung 3, Ergänzung 1 vom 30. Januar 1994.

**Verordnung
über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 86
über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung
von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen hinsichtlich
des Anbaues der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen
(Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 86)**

Vom 13. September 1996

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 1 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene ECE-Regelung Nr. 86 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen hinsichtlich des Anbaues der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Regelung wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht.*)

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 2. August 1996 in Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die ECE-Regelung Nr. 86 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 13. September 1996

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

*) Die ECE-Regelung Nr. 86 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Bekanntmachung
von Änderungen der Ausführungsordnung
zum Europäischen Patentübereinkommen**

Vom 30. Juli 1996

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation hat am 14. Juni 1996 Änderungen der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen vom 5. Oktober 1973 (BGBl. 1976 II S. 649, 826, 915) beschlossen. Der Beschluß wird auf Grund des Artikels X Nr. 1 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. 1976 II S. 649) nachstehend bekanntgemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Januar 1995 (BGBl. II S. 194).

Bonn, den 30. Juli 1996

Bundesministerium der Justiz
Im Auftrag
Niederleithinger

**Beschluß
des Verwaltungsrats vom 14. Juni 1996
zur Änderung der Ausführungsordnung
zum Europäischen Patentübereinkommen**

**Decision
of the Administrative Council of 14 June 1996
amending the Implementing Regulations
to the European Patent Convention**

**Décision
du Conseil d'administration du 14 juin 1996
modifiant le règlement d'exécution
de la Convention sur le brevet européen**

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation –

gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen („EPÜ“), insbesondere auf Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe b,

auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts,

nach Stellungnahme des Ausschusses „Patentrecht“ –

The Administrative Council of the European Patent Organisation,

Having regard to the European Patent Convention (“EPC”), and in particular Article 33 (1)(b) thereof,

On a proposal from the President of the European Patent Office,

Having regard to the opinion of the Committee on Patent Law,

Le conseil d'administration de l'Organisation européenne des brevets,

vu la Convention sur le brevet européen («CBE»), et notamment son article 33, paragraphe 1, lettre b,

sur proposition du Président de l'Office européen des brevets,

vu l'avis du Comité «Droit des brevets»,

beschließt:

Has decided as follows:

décide:

Artikel 1

Die Regeln 28 und 28a EPÜ erhalten folgende Fassung:

Regel 28 EPÜ**Hinterlegung von biologischem Material**

(1) Wird bei einer Erfindung biologisches Material verwendet oder bezieht sie sich auf biologisches Material, das der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist und in der europäischen Patentanmeldung nicht so beschrieben werden kann, daß ein Fachmann die Erfindung danach ausführen kann, so gilt die Erfindung nur dann als gemäß Artikel 83 offenbart, wenn

- a) eine Probe des biologischen Materials spätestens am Anmeldetag bei einer anerkannten Hinterlegungsstelle hinterlegt worden ist,
- b) die Anmeldung in ihrer ursprünglich eingereichten Fassung die dem Anmelder zur Verfügung stehenden maßgeblichen Angaben über die Merkmale des biologischen Materials enthält,
- c) die Hinterlegungsstelle und die Eingangsnummer des hinterlegten biologischen Materials in der Anmeldung angegeben sind und
- d) – falls das biologische Material nicht vom Anmelder hinterlegt wurde – Name und Anschrift des Hinterlegers in der Anmeldung angegeben sind und dem Europäischen Patentamt durch Vorlage von Urkunden nachgewiesen wird, daß der Hinterleger den Anmelder ermächtigt hat, in der Anmeldung auf das hinterlegte biologische Material Bezug zu nehmen, und vorbehaltlos und unwiderruflich seine Zustimmung erteilt hat, daß das von ihm hinterlegte Material nach Maßgabe dieser Regel der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

(2) Die in Absatz 1 Buchstaben c und gegebenenfalls d genannten Angaben können nachgereicht werden

- a) innerhalb von sechzehn Monaten nach dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag; die Frist gilt als eingehalten, wenn die Angaben bis zum Abschluß der technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung mitgeteilt werden,
- b) bis zum Tag der Einreichung eines Antrags auf vorzeitige Veröffentlichung der Anmeldung,
- c) innerhalb eines Monats, nachdem das Europäische Patentamt dem Anmelder mitgeteilt hat, daß ein Recht auf Akteneinsicht nach Artikel 128 Absatz 2 besteht.

Maßgebend ist die Frist, die zuerst abläuft. Die Mitteilung dieser Angaben gilt vorbehaltlos und unwiderruflich als Zustimmung des Anmelders, daß das von ihm hinterlegte

Article 1

Rules 28 and 28a EPC shall be amended to read as follows:

Rule 28 EPC**Deposit of biological material**

(1) If an invention involves the use of or concerns biological material which is not available to the public and which cannot be described in the European patent application in such a manner as to enable the invention to be carried out by a person skilled in the art, the invention shall only be regarded as being disclosed as prescribed in Article 83 if:

- (a) a sample of the biological material has been deposited with a recognised depository institution not later than the date of filing of the application;
- (b) the application as filed gives such relevant information as is available to the applicant on the characteristics of the biological material;
- (c) the depository institution and the accession number of the deposited biological material are stated in the application, and
- (d) where the biological material has been deposited by a person other than the applicant, the name and address of the depositor are stated in the application and a document is submitted satisfying the European Patent Office that the latter has authorised the applicant to refer to the deposited biological material in the application and has given his unreserved and irrevocable consent to the deposited material being made available to the public in accordance with this Rule.

(2) The information referred to in paragraph 1 (c) and, where applicable, (d) may be submitted

- (a) within a period of sixteen months after the date of filing of the application or, if priority is claimed, after the priority date, this time limit being deemed to have been met if the information is communicated before completion of the technical preparations for publication of the European patent application;
- (b) up to the date of submission of a request for early publication of the application;
- (c) within one month after the European Patent Office has communicated to the applicant that a right to inspect the files pursuant to Article 128, paragraph 2, exists.

The ruling period shall be the one which is the first to expire. The communication of this information shall be considered as constituting the unreserved and irrevocable consent

Article premier

Les règles 28 et 28bis CBE sont remplacées par les textes suivants:

Règle 28 CBE**Dépôt de matière biologique**

(1) Lorsqu'une invention comporte l'utilisation d'une matière biologique, à laquelle le public n'a pas accès et qui ne peut être décrite dans la demande de brevet européen de façon à permettre à un homme du métier d'exécuter l'invention, celle-ci n'est considérée comme exposée conformément aux dispositions de l'article 83 que si:

- a) un échantillon de la matière biologique a été déposé, au plus tard à la date de dépôt de la demande, auprès d'une autorité de dépôt habilitée;
- b) la demande telle que déposée contient les informations pertinentes dont dispose le demandeur sur les caractéristiques de la matière biologique;
- c) la demande comporte l'indication de l'autorité de dépôt et le numéro d'ordre de la matière biologique déposée, et
- d) lorsque la matière biologique a été déposée par une personne autre que le demandeur, le nom et l'adresse du déposant sont mentionnés dans la demande et est fourni à l'Office européen des brevets un document prouvant que le déposant a autorisé le demandeur à se référer dans la demande à la matière biologique déposée et a consenti sans réserve et de manière irrévocable à mettre la matière déposée à la disposition du public, conformément à la présente règle.

(2) Les indications mentionnées au paragraphe 1; lettre c) et, le cas échéant, lettre d) peuvent être communiquées

- a) dans un délai de seize mois à compter de la date de dépôt ou, si une priorité est revendiquée, à compter de la date de priorité, le délai étant réputé observé si les indications sont communiquées jusqu'à la fin des préparatifs techniques en vue de la publication de la demande de brevet européen,
- b) jusqu'à la date de présentation d'une requête tendant à avancer la publication de la demande;
- c) dans un délai d'un mois après la notification, faite par l'Office européen des brevets au demandeur, qu'il existe un droit de consulter le dossier en vertu de l'article 128, paragraphe 2.

Est applicable celui des délais qui expire le premier. Du fait de la communication de ces indications, le demandeur est considéré comme consentant sans réserve et de ma-

biologische Material nach Maßgabe dieser Regel der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

(3) Vom Tag der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung an ist das hinterlegte biologische Material jedermann und vor diesem Tag demjenigen, der das Recht auf Akteneinsicht nach Artikel 128 Absatz 2 hat, auf Antrag zugänglich. Vorbehaltlich Absatz 4 wird der Zugang durch Herausgabe einer Probe des hinterlegten biologischen Materials an den Antragsteller hergestellt.

Die Herausgabe erfolgt nur, wenn der Antragsteller sich gegenüber dem Anmelder oder Patentinhaber verpflichtet hat, das biologische Material oder davon abgeleitetes biologisches Material Dritten nicht zugänglich zu machen und es lediglich zu Versuchszwecken zu verwenden, bis die Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen wird oder als zurückgenommen gilt oder das europäische Patent in allen benannten Vertragsstaaten erloschen ist, sofern der Anmelder oder Patentinhaber nicht ausdrücklich darauf verzichtet.

Die Verpflichtung, das biologische Material nur zu Versuchszwecken zu verwenden, ist hinfällig, soweit der Antragsteller dieses Material aufgrund einer Zwangslizenz verwendet. Unter Zwangslizenzen sind auch Amtslizenzen und Rechte zur Benutzung einer patentierten Erfindung im öffentlichen Interesse zu verstehen.

(4) Bis zum Abschluß der technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung der Anmeldung kann der Anmelder dem Europäischen Patentamt mitteilen, daß der in Absatz 3 bezeichnete Zugang

- a) bis zu dem Tag, an dem der Hinweis auf die Erteilung des europäischen Patents bekanntgemacht wird, oder gegebenenfalls
- b) für die Dauer von zwanzig Jahren ab dem Anmeldetag der Patentanmeldung, falls diese zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt,

nur durch Herausgabe einer Probe an einen vom Antragsteller benannten Sachverständigen hergestellt wird.

(5) Als Sachverständiger kann benannt werden:

- a) jede natürliche Person, sofern der Antragsteller bei der Einreichung des Antrags nachweist, daß die Benennung mit Zustimmung des Anmelders erfolgt,
- b) jede natürliche Person, die vom Präsidenten des Europäischen Patentamts als Sachverständiger anerkannt ist.

Zusammen mit der Benennung ist eine Erklärung des Sachverständigen einzureichen, in der er die in Absatz 3 vorgesehenen Verpflichtungen gegenüber dem An-

of the applicant to the deposited biological material being made available to the public in accordance with this Rule.

(3) The deposited biological material shall be available upon request to any person from the date of publication of the European patent application and to any person having the right to inspect the files pursuant to Article 128, paragraph 2, prior to that date. Subject to paragraph 4, such availability shall be effected by the issue of a sample of the biological material to the person making the request (hereinafter referred to as "the requester").

Said issue shall be made only if the requester has undertaken *vis-à-vis* the applicant for or proprietor of the patent not to make the biological material or any biological material derived therefrom available to any third party and to use that material for experimental purposes only, until such time as the patent application is refused or withdrawn or deemed to be withdrawn, or before the expiry of the patent in the designated State in which it last expires, unless the applicant for or proprietor of the patent expressly waives such an undertaking.

The undertaking to use the biological material for experimental purposes only shall not apply in so far as the requester is using that material under a compulsory licence. The term „compulsory licence“ shall be construed as including *ex officio* licences and the right to use patented inventions in the public interest.

(4) Until completion of the technical preparations for publication of the application, the applicant may inform the European Patent Office that

- (a) until the publication of the mention of the grant of the European patent or, where applicable,
- (b) for twenty years from the date of filing if the application has been refused or withdrawn or deemed to be withdrawn,

the availability referred to in paragraph 3 shall be effected only by the issue of a sample to an expert nominated by the requester.

(5) The following may be nominated as an expert:

- (a) any natural person provided that the requester furnishes evidence, when filing the request, that the nomination has the approval of the applicant;
- (b) any natural person recognised as an expert by the President of the European Patent Office.

The nomination shall be accompanied by a declaration from the expert *vis-à-vis* the applicant in which he enters into the undertaking given pursuant to paragraph 3 until

nière irrévocable à mettre la matière biologique déposée à la disposition du public, conformément aux dispositions de la présente règle.

(3) A compter du jour de la publication de la demande de brevet européen, la matière biologique déposée est accessible à toute personne qui en fait la requête et, avant cette date, à toute personne ayant le droit de consulter le dossier en vertu de l'article 128, paragraphe 2. Sous réserve du paragraphe 4, cette accessibilité est réalisée par la remise au requérant d'un échantillon de la matière biologique déposée.

Cette remise n'a lieu que si le requérant s'est engagé à l'égard du demandeur ou du titulaire du brevet à ne pas communiquer à des tiers la matière biologique ou une matière biologique qui en est dérivée et à n'utiliser cette matière qu'à des fins expérimentales jusqu'à la date à laquelle la demande de brevet est rejetée ou retirée ou réputée retirée, ou le brevet européen s'éteint dans tous les Etats contractants désignés, à moins que le demandeur ou le titulaire du brevet ne renonce expressément à un tel engagement.

L'engagement de n'utiliser la matière biologique qu'à des fins expérimentales n'est pas applicable dans la mesure où le requérant utilise cette matière pour une exploitation résultant d'une licence obligatoire. L'expression «licence obligatoire» est entendue comme couvrant les licences d'office et tout droit d'utilisation dans l'intérêt public d'une invention brevetée.

(4) Jusqu'à la fin des préparatifs techniques en vue de la publication de la demande, le demandeur peut informer l'Office européen des brevets que,

- a) jusqu'à la publication de la mention de la délivrance du brevet européen ou, le cas échéant,
- b) pendant vingt ans à compter de la date du dépôt de la demande, si cette dernière est rejetée, retirée ou réputée retirée,

l'accessibilité prévue au paragraphe 3 ne peut être réalisée que par la remise d'un échantillon à un expert désigné par le requérant.

(5) Peut être désignée comme expert:

- a) toute personne physique, à condition que le requérant fournisse la preuve, lors du dépôt de la requête, que le demandeur a donné son accord à cette désignation;
- b) toute personne physique qui a la qualité d'expert agréé par le Président de l'Office européen des brevets.

La désignation est accompagnée d'une déclaration de l'expert par laquelle il assume à l'égard du demandeur l'engagement visé au paragraphe 3, et ce, soit jusqu'à la date à

melder bis zum Erlöschen des europäischen Patents in allen benannten Vertragsstaaten oder – falls die Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen wird oder als zurückgenommen gilt – bis zu dem in Absatz 4 Buchstabe b vorgesehenen Zeitpunkt eingeht, wobei der Antragsteller als Dritter anzusehen ist.

(6) Im Sinne dieser Regel gilt

- a) als biologisches Material jedes Material, das genetische Informationen enthält und sich selbst reproduzieren oder in einem biologischen System reproduziert werden kann;
- b) als abgeleitetes biologisches Material im Sinne des Absatzes 3 jedes Material, das noch die für die Ausführung der Erfindung wesentlichen Merkmale des hinterlegten Materials aufweist. Die in Absatz 3 vorgesehenen Verpflichtungen stehen einer für die Zwecke von Patentverfahren erforderlichen Hinterlegung eines abgeleiteten biologischen Materials nicht entgegen.

(7) Der in Absatz 3 vorgesehene Antrag ist beim Europäischen Patentamt auf einem von diesem Amt anerkannten Formblatt einzureichen. Das Europäische Patentamt bestätigt auf dem Formblatt, daß eine europäische Patentanmeldung eingereicht worden ist, die auf die Hinterlegung des biologischen Materials Bezug nimmt, und daß der Antragsteller oder der von ihm benannte Sachverständige Anspruch auf Herausgabe einer Probe dieses Materials hat. Der Antrag ist auch nach Erteilung des europäischen Patents beim Europäischen Patentamt einzureichen.

(8) Das Europäische Patentamt übermittelt der Hinterlegungsstelle und dem Anmelder oder Patentinhaber eine Kopie des Antrags mit der in Absatz 7 vorgesehenen Bestätigung.

(9) Der Präsident des Europäischen Patentamts veröffentlicht im Amtsblatt des Europäischen Patentamts das Verzeichnis der Hinterlegungsstellen und Sachverständigen, die für die Anwendung dieser Regel anerkannt sind.

Regel 28a EPÜ

Erneute Hinterlegung von biologischem Material

(1) Ist nach Regel 28 Absatz 1 hinterlegtes biologisches Material bei der Stelle, bei der es hinterlegt worden ist, nicht mehr zugänglich, weil

- a) das biologische Material nicht mehr lebensfähig ist oder
- b) die Hinterlegungsstelle aus anderen Gründen zur Abgabe von Proben nicht in der Lage ist,

und ist keine Probe des biologischen Materials an eine andere für die Anwendung der Regel 28 anerkannte Hinterlegungsstelle weitergeleitet worden, bei der dieses Mate-

either the date on which the patent expires in all the designated States or, where the application has been refused, withdrawn or deemed to be withdrawn, until the date referred to in paragraph 4(b), the requester being regarded as a third party.

(6) Within the meaning of this Rule:

- (a) biological material shall mean any material containing genetic information and capable of self-reproducing or of being reproduced in a biological system;
- (b) for the purposes of paragraph 3, derived biological material is deemed to be any material which still exhibits those characteristics of the deposited material which are essential to carrying out the invention. The undertaking referred to in paragraph 3 shall not impede a deposit of derived biological material, necessary for the purpose of patent procedure.

(7) The request provided for in paragraph 3 shall be submitted to the European Patent Office on a form recognised by that Office. The European Patent Office shall certify on the form that a European patent application referring to the deposit of the biological material has been filed, and that the requester or the expert nominated by him is entitled to the issue of a sample of that material. After grant of the European patent, the request shall also be submitted to the European Patent Office.

(8) The European Patent Office shall transmit a copy of the request, with the certification provided for in paragraph 7, to the depositary institution as well as to the applicant for or the proprietor of the patent.

(9) The President of the European Patent Office shall publish in the Official Journal of the European Patent Office the List of depositary institutions and experts recognised for the purpose of this Rule.

Rule 28a EPC

New deposit of biological material

(1) If biological material deposited in accordance with Rule 28, paragraph 1, ceases to be available from the institution with which it was deposited because:

- (a) the biological material is no longer viable, or
- (b) for any other reason the depositary institution is unable to supply samples,

and if no sample of the biological material has been transferred to another depositary institution recognised for the purposes of Rule 28, from which it continues to be avail-

laquelle le brevet européen s'éteint dans tous les Etats désignés, soit jusqu'à la date visée au paragraphe 4, lettre b, dans le cas où la demande a été rejetée, retirée ou est réputée retirée, le requérant étant considéré comme un tiers.

(6) Au sens de la présente règle, on entend:

- a) par matière biologique, toute matière contenant une information génétique qui est autoreproductible ou reproductible dans un système biologique;
- b) par matière biologique dérivée aux fins du paragraphe 3 toute matière qui présente encore les caractéristiques de la matière déposée essentielles à la mise en oeuvre de l'invention. Les engagements visés au paragraphe 3 ne font pas obstacle à un dépôt d'une matière biologique dérivée, nécessaire aux fins de la procédure en matière de brevets.

(7) La requête mentionnée au paragraphe 3 est adressée à l'Office européen des brevets au moyen d'une formule agréée par cet office. L'Office européen des brevets certifie sur cette formule qu'une demande de brevet européen faisant état du dépôt de la matière biologique a été déposée et que le requérant ou l'expert qu'il a désigné a droit à la remise d'un échantillon de cette matière. La requête est également adressée à l'Office européen des brevets après la délivrance du brevet européen.

(8) L'Office européen des brevets transmet à l'autorité de dépôt, ainsi qu'au demandeur ou au titulaire du brevet, une copie de la requête assortie de la certification prévue au paragraphe 7.

(9) Le Président de l'Office européen des brevets publie au Journal officiel de l'Office européen des brevets la liste des autorités de dépôt habilitées et des experts agréés aux fins de l'application de la présente règle.

Règle 28^{bis} CBE

Nouveau dépôt de matière biologique

(1) Si de la matière biologique déposée conformément à la règle 28, paragraphe 1, cesse d'être accessible auprès de l'autorité qui a reçu ce dépôt:

- a) parce que cette matière biologique n'est plus viable,
- b) ou que, pour d'autres raisons, l'autorité de dépôt n'est pas à même d'en fournir des échantillons,

et si aucun échantillon de la matière biologique n'a été transféré à une autre autorité de dépôt, habilitée aux fins de la règle 28, auprès de laquelle la matière biologique

rial weiterhin zugänglich ist, so gilt die Unterbrechung der Zugänglichkeit als nicht eingetreten, wenn das ursprünglich hinterlegte biologische Material innerhalb von drei Monaten nach dem Tag erneut hinterlegt wird, an dem dem Hinterleger von der Hinterlegungsstelle diese Unterbrechung mitgeteilt wurde, und dem Europäischen Patentamt innerhalb von vier Monaten nach dem Tag der erneuten Hinterlegung eine Kopie der von der Hinterlegungsstelle ausgestellten Empfangsbescheinigung unter Angabe der Nummer der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents übermittelt wird.

(2) Die erneute Hinterlegung ist im Fall von Absatz 1 Buchstabe a bei der Hinterlegungsstelle vorzunehmen, bei der die ursprüngliche Hinterlegung vorgenommen wurde; sie kann in den Fällen des Absatzes 1 Buchstabe b bei einer anderen für die Anwendung der Regel 28 anerkannten Hinterlegungsstelle vorgenommen werden.

(3) Ist die Hinterlegungsstelle, bei der die ursprüngliche Hinterlegung vorgenommen wurde, für die Anwendung der Regel 28 entweder insgesamt oder für die Art des biologischen Materials, zu der die hinterlegte Probe gehört, nicht mehr anerkannt oder hat sie die Erfüllung ihrer Aufgaben in bezug auf hinterlegtes biologisches Material vorübergehend oder endgültig eingestellt und erfolgt die in Absatz 1 genannte Mitteilung der Hinterlegungsstelle nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Eintritt dieses Ereignisses, so beginnt die in Absatz 1 genannte Dreimonatsfrist zu dem Zeitpunkt, in dem der Eintritt dieses Ereignisses im Amtsblatt des Europäischen Patentamts veröffentlicht wurde.

(4) Jeder erneuten Hinterlegung ist eine vom Hinterleger unterzeichnete Erklärung beizufügen, in der bestätigt wird, daß das erneut hinterlegte biologische Material dasselbe wie das ursprünglich hinterlegte ist.

(5) Wird die erneute Hinterlegung nach dem Budapest Vertrag über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren vom 28. April 1977 vorgenommen, so gehen die Vorschriften dieses Vertrages vor.

Artikel 2

Dieser Beschluß tritt am 1. Oktober 1996 in Kraft.

Geschehen zu Berlin am 14. Juni 1996.

lable, an interruption in availability shall be deemed not to have occurred if a new deposit of the biological material originally deposited is made within a period of three months from the date on which the depositor was notified of the interruption by the depositary Institution and if a copy of the receipt of the deposit issued by the institution is forwarded to the European Patent Office within four months from the date of the new deposit stating the number of the application or of the European patent.

(2) In the case provided for in paragraph 1(a), the new deposit shall be made with the depositary institution with which the original deposit was made; in the cases provided for in paragraph 1(b), it may be made with another depositary institution recognised for the purposes of Rule 28.

(3) Where the institution with which the original deposit was made ceases to be recognised for the purposes of Rule 28, either entirely or for the kind of biological material to which the deposited sample belongs, or where that institution discontinues, temporarily or definitively, the performance of its functions as regards deposited biological material, and notification referred to in paragraph 1 from the depositary institution is not received within six months from the date of such event, the three-month period referred to in paragraph 1 shall begin on the date on which this event is announced in the Official Journal of the European Patent Office.

(4) Any new deposit shall be accompanied by a statement signed by the depositor certifying that the newly deposited biological material is the same as that originally deposited.

(5) If the new deposit has been made under the provisions of the Budapest Treaty on the International Recognition of the Deposit of Microorganisms for the Purposes of Patent Procedure of 28 April 1977, the provisions of that Treaty shall prevail.

Article 2

This decision shall enter into force on 1 October 1996.

Done at Berlin, 14. June 1996.

Für den Verwaltungsrat
Der Präsident
For the Administrative Council
The Chairman
Par le Conseil d'administration
Le Président
Julián Álvarez Álvarez

reste accessible, l'interruption de l'accessibilité est réputée non avenue à condition qu'un nouveau dépôt de la matière biologique initialement déposée ait été effectué dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle cette interruption a été notifiée au déposant de la matière biologique par l'autorité de dépôt et qu'une copie du récépissé de dépôt délivré par l'autorité de dépôt, accompagnée de l'indication du numéro de la demande de brevet européen ou du brevet européen, ait été communiquée à l'Office européen des brevets dans un délai de quatre mois à compter de la date du nouveau dépôt.

(2) Dans le cas prévu au paragraphe 1, lettre a), le nouveau dépôt est effectué auprès de l'autorité de dépôt qui a reçu le dépôt initial; dans les cas prévus au paragraphe 1, lettre b), il peut être effectué auprès d'une autre autorité de dépôt habilitée aux fins de la règle 28.

(3) Si l'autorité de dépôt auprès de laquelle a été effectué le dépôt initial n'est plus habilitée aux fins de la règle 28, soit totalement, soit à l'égard du type de matière biologique auquel l'échantillon déposé appartient, ou si cette autorité de dépôt a cessé temporairement ou définitivement, d'exercer ses fonctions en ce qui concerne la matière biologique déposée, et si la notification mentionnée au paragraphe 1 n'est pas faite dans les six mois suivant cet événement, le délai de trois mois défini au paragraphe 1 commence à courir à la date à laquelle le Journal officiel de l'Office européen des brevets a mentionné cet événement.

(4) Tout nouveau dépôt est accompagné d'une déclaration signée par le déposant, certifiant que la matière biologique qui fait l'objet du nouveau dépôt est la même que celle qui faisait l'objet du dépôt initial.

(5) Si le nouveau dépôt a été fait conformément au Traité de Budapest sur la reconnaissance internationale du dépôt des micro-organismes aux fins de la procédure en matière de brevets du 28 avril 1977, les dispositions de ce traité prévalent.

Article 2

La présente décision entre en vigueur le 1^{er} octobre 1996.

Fait à Berlin, le 14 juin 1996

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens von Locarno
zur Errichtung einer Internationalen Klassifikation
für gewerbliche Muster und Modelle**

Vom 28. August 1996

Das Abkommen von Locarno vom 8. Oktober 1968 zur Errichtung einer Internationalen Klassifikation für gewerbliche Muster und Modelle, geändert am 2. Oktober 1979 (BGBl. 1990 II S. 1677), wird nach seinem Artikel 9 Abs. 3 Buchstabe b für

China am 19. September 1996
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Februar 1996 (BGBl. II S. 311).

Bonn, den 28. August 1996

Auswärtiges Amt
im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 28. August 1996

Das Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) wird nach seinem Artikel 39 Abs. 5 im Verhältnis zwischen Deutschland und

Estland am 31. August 1996
in Kraft treten.

Estland hat bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde die nachstehenden Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

"1) On the basis of Article 8 the judges of the pursuing state have the right to participate in the process operation subject to the preceding consent of the Ministry of Justice of the Republic of Estonia;

2) on the basis of Article 11, a person may refuse to participate in the taking of evidence or process operation, in case he has the right or commitment to it in accordance with the laws of his home-state;

3) on the basis of Article 23 the Republic of Estonia fulfills a requisition where the producing of the documents or its copy is requested if it corresponds to the following requirements:

a) process has been launched;

„1) Auf der Grundlage des Artikels 8 haben die Richter des ersuchenden Staates das Recht, bei der Erledigung der Maßnahme anwesend zu sein vorbehaltlich der vorherigen Genehmigung durch das Justizministerium der Republik Estland;

2) auf der Grundlage des Artikels 11 kann sich eine Person weigern, sich an der Beweisaufnahme oder an der Erledigung der Maßnahme zu beteiligen, falls sie nach dem Recht ihres Heimatstaats dazu berechtigt oder verpflichtet ist;

3) auf der Grundlage des Artikels 23 erledigt die Republik Estland ein Rechtshilfeersuchen, in dem um Vorlage von Schriftstücken oder einer Abschrift davon ersucht wird, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

a) das Verfahren wurde bereits eingeleitet,

- | | |
|--|--|
| b) documents have been reasonably identified according to the dates, the contents or other information; | b) die Schriftstücke wurden anhand der Daten, des Inhalts oder anderer Informationen hinreichend bezeichnet, |
| c) circumstances have been indicated giving ground to presume that the documents are in the property, possession of the person or known to him." | c) es wird auf Umstände verwiesen, die zu der Annahme berechtigen, daß sich die Schriftstücke im Eigentum oder Besitz des Betroffenen befinden oder ihm bekannt sind." |

According to the Articles 16 and 17 of the Convention the competent authority designated by the State to give its permission is the Ministry of Justice of the Republic of Estonia.

Nach den Artikeln 16 und 17 des Übereinkommens ist das Justizministerium der Republik Estland die von dem Staat zur Erteilung der Genehmigung bestimmte zuständige Behörde.

Das Übereinkommen wird nach seinem Artikel 39 Abs. 5 ferner im Verhältnis zwischen Deutschland und

Polen

am 14. September 1996

in Kraft treten.

Polen hat bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde folgende Vorbehalte angebracht und nachstehende Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

"Declarations

„Erklärungen

Article 2 Paragraph 1 – the Central Authority designated to receive requests for service coming from another contracting State shall be the Ministry of Justice.

Artikel 2 Absatz 1: Die zur Entgegennahme von Rechtshilfeersuchen, die von einem anderen Vertragsstaat ausgehen, bestimmte Zentrale Behörde ist das Justizministerium.

Article 8 – the Authority designated to complete a certificate of service in the Republic of Poland shall be the Ministry of Justice.

Artikel 8: Die zur Ausstellung eines Zustellungszeugnisses in der Republik Polen bestimmte Behörde ist das Justizministerium.

Article 24 and Article 27 p.a. – other authorities (in addition to the Central Authority) designated to receive requests for service shall be the voivodship courts.

Artikel 24 und Artikel 27 Buchstabe a: Weitere zur Entgegennahme von Rechtshilfeersuchen bestimmte Behörden (außer der Zentralen Behörde) sind die Wojewodschaftsgerichte.

Reservations

Vorbehalte

Article 23 – the Republic of Poland declares, that it will not execute Letters of Request issued for the purpose of obtaining 'pre-trial discovery of documents' as known in Common Law countries.

Artikel 23: Die Republik Polen erklärt, daß sie Rechtshilfeersuchen nicht erledigt, die ein Verfahren zum Gegenstand haben, das in den Ländern des 'Common Law' unter der Bezeichnung 'pre-trial discovery of documents' bekannt ist.

Article 33 – the Republic of Poland exclude the application on its territory:

Artikel 33: Die Republik Polen schließt die Anwendung

- the provisions of Article 4 Paragraph 2,
- the provisions of Chapter II, excluding provisions of Article 15."

- des Artikels 4 Absatz 2 sowie
- des Kapitels II, ausgenommen Artikel 15, in ihrem Hoheitsgebiet aus."

Die Slowakei hat dem Verwahrer des Übereinkommens folgende Zentrale Behörde nach Artikel 2 notifiziert:

Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky
Zupné námestie 13, 813 11 Bratislava
Slovak Republic

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 23. September 1993 (BGBl. II S. 2398) und vom 27. November 1995 (BGBl. 1996 II S. 16).

Bonn, den 28. August 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlagebände: 5,05 DM (3,10 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 6,05 DM.

Preis der Anlagebände:

- a) (Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 21): 11,25 DM (9,30 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 12,25 DM,
- b) (ECE-Regelung Nr. 86): 11,25 DM (9,30 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 12,25 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls zum Madrider Abkommen
über die internationale Registrierung von Marken**

Vom 28. August 1996

I.

Das Protokoll zum Madrider Abkommen vom 27. Juni 1989 über die internationale Registrierung von Marken (BGBl. 1995 II S. 1016) wird nach seinem Artikel 14 Abs. 4 Buchstabe b für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Korea, Republik	am 3. Oktober 1996
Monaco	am 27. September 1996
Tschechische Republik	am 25. September 1996

II.

China hat dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 17. Juni 1996 die Rücknahme seiner bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde nach Artikel 14 Abs. 5 des Protokolls abgegebenen Erklärung notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. März 1996 (BGBl. II S. 557).

Bonn, den 28. August 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg